

## Wie unser Schulsystem Eltern beschämt

### Wenn Kinder auf die Sonderschule für Lernbehinderte geschickt werden, löst das in vielen Familien Ängste aus

Brigitte Schumann

**Eltern, deren Kinder an Sonderschulen überwiesen werden, fühlen sich häufig diskriminiert und ausgegrenzt - Migrantenfamilien besonders. Die Autorin wendet sich gegen das "Ausortieren" im deutschen Schulsystem. Nur eine gemeinsame Schule für alle Kinder eröffne Chancen für eine Pädagogik des Miteinander.**



Die Suche nach dem richtigen Weg (dpa)



**Ausgangspunkt für diese Untersuchung war zum einen der erschreckende Befund der Pisa-Schulstudie, dass die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzerwerb in Deutschland so eng ist wie in keinem vergleichbaren Land; zum anderen aber auch das nicht minder erschreckende hartnäckige Schweigen der Politik zu unabweisbaren Zusammenhängen zwischen Schulstruktur, Bildungsarmut und sozialer Ausgrenzung, die sich am deutlichsten in der Sonderschule für Lernbehinderte manifestieren.**

Die Pisa-Studien haben bewirkt, dass Rückstellungen bei der Einschulung und Klassenwiederholungen von einem Teil der Öffentlichkeit nicht nur als unproduktive Maßnahmen, sondern auch als Demütigung und Beschädigung von Kindern und Jugendlichen bewertet werden. Erstaunlicherweise findet aber der Ausschluss aus dem Regelschulsystem durch die Sonderschulüberweisung auch nach Pisa wenig Beachtung unter diesem Aspekt. Offensichtlich verdeckt der Begriff der "sonderpädagogischen

Förderung" immer noch die Tatsache, dass die Verpflichtung zum Besuch der Sonderschule eine Selektionsmaßnahme ist, die in vielen Ländern der Welt unbekannt ist und sich heute genauso wie früher bei den davon Betroffenen mit Formen materieller, sozialer und kultureller Armut verbindet.

Die deutsche Pisa-Forschung hat mit der Veröffentlichung des nationalen Pisa-Berichts den fatalen Eindruck erweckt, dass ihr nicht an der notwendigen Aufklärung über den Teil unseres Schulsystems gelegen ist, der am krassesten den engen Zusammenhang von sozialer Herkunft, besuchter Schulform und Schulerfolg verdeutlicht.

Die schlechten Leistungsergebnisse der in geringem Umfang einbezogenen Sonderschulen wurden von den Forschern lediglich mit der lapidaren Bemerkung kommentiert, die Sonderschule habe eine "eigene schwierige Klientel". Auf diese Weise wurden die zahlreichen sonderpädagogischen Forschungsergebnisse und die praktischen Erfahrungen aus der Integrationspädagogik über die Vorteile des Lernens in leistungsgemischten Gruppen gegenüber den geradezu deprimierenden Leistungsergebnissen der Sonderschule unterschlagen.

Besonders bedrückend nach Pisa sind die ungebrochen steigenden Überweisungsquoten zu den Sonderschulen für Lernbehinderte und der nachweisliche Anstieg der Überrepräsentation von Kindern mit Migrationshintergrund. Diese Entwicklungen verweisen darauf, wie bei zunehmenden gesellschaftlichen Problemlagen die Regelschule sich durch Sonderschulüberweisung von den Kindern entlastet, die es besonders schwer haben.

#### Die Sicht der Lehrer

Haben die Pisa-Ergebnisse an der Einstellung der Sonderschullehrer zur Sonderschule etwas geändert? Nach den Befragungsergebnissen lässt sich diese Frage ganz klar verneinen. Die Sonderschule gilt den befragten Sonderpädagogen mehrheitlich nach wie vor als unverzichtbarer Förderort. Nur eine verschwindend kleine Gruppe von ca. 10 Prozent sieht in der Verpflichtung zum Sonderschulbesuch eine wenig förderliche Selektionsmaßnahme, die durch gemeinsames Lernen in einem integrativen und individuell fördernden Regelschulsystem überwunden werden sollte. Dieses Ergebnis deckt sich tendenziell mit dem, was der nordrhein-westfälische Verband Bildung und Erziehung (VBE) im Rahmen seiner verbandsinternen Lehrerbefragung 2003 ermittelt hat. Danach fordert auch nur eine Minderheit von 10,2 Prozent der Sonderschullehrer die Ersetzung der eigenständigen Sonderschule durch den Gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderungen.

#### Die Studie

Die Autorin hat mit einer Pilotstudie erkundet, welche Akzeptanz es für die Sonderschule für Lernbehinderte bei Lehrern und Eltern nach der Pisa-Schulstudie gibt. Zu diesem Zweck wurden im Sommer und Herbst 2003 in einer nicht repräsentativen Befragung Eltern und Lehrer gefragt, wie sie die Auswirkungen der Sonderschulüberweisung und des Sonderschulbesuchs einschätzen. Beteiligt haben sich auf Elternseite 193 Personen an zwei Sonderschulen und 73 Lehrer an fünf Sonderschulen in Nordrhein-Westfalen. rgg

## "Pisa-Resistenz"

Die Befragung zeigt auf, dass die Ergebnisse von Pisa bei vielen Sonderschullehrern nicht "angekommen" sind. Man könnte auch von einer "Pisa-Resistenz" sprechen. Ein Fragenkomplex lautete: Was haben die Pisa-Studien für Sie aufgezeigt? Als Antwort wurden mehrere Aussagen vorgegeben. Die meisten Lehrer entscheiden sich mit 45,6 Prozent für die Aussage, dass die soziale Herkunft für den Lernerfolg grundsätzlich wirkungsmächtiger ist als die Schule. Ungefähr ein Viertel der Lehrer zieht aus Pisa den Schluss, dass die Zusammensetzung der Lerngruppe überhaupt keine Rolle spielt, sondern es allein auf die Qualität des Unterrichts ankommt. Nur 22,5 Prozent der Lehrer bejahen die Aussage, dass Schüler in leistungsheterogenen Gruppen besser lernen, während 5,6 Prozent die Pisa-Studien dafür in Anspruch nehmen, dass leistungshomogene Gruppen lernwirksamer sind.

Die schockierende Hauptaussage von Pisa, dass im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland "die Kopplung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation ungewöhnlich straff ist" (Pisa 2000, 393), ist in der Rezeption der Befragten zu einem "ehernen Gesetz" umgedeutet worden. Diese unzulässige deterministische Umdeutung der Pisa-Ergebnisse lässt auf ein bestimmtes professionelles Selbstverständnis rückschließen. Offensichtlich ist ein großer Teil der Sonderschullehrer der Auffassung, dass die Effekte materieller, kultureller und sozialer Armut bei Sonderschülern bestenfalls im "Schonraum" der Sonderschule gemildert, jedoch nicht kompensiert werden können.

Die in den Pisa-Untersuchungen nachgewiesenen ungünstigen Auswirkungen leistungshomogener Gruppen auf den fachlichen Kompetenzerwerb im Bereich der Leseleistung werden von Sonderschullehrern deshalb so leicht ignoriert, weil viele der Befragten ihre professionelle Stärke und den eigentlichen Schwerpunkt ihrer pädagogischen Arbeit in der Sonderschule darauf reduziert haben, ihren Schülern ein besseres Selbstkonzept zu vermitteln.

## Die Perspektive der Eltern

Zur Zukunft der Sonderschule gehen die Auffassungen der Eltern und der Lehrer völlig auseinander. 58,7 Prozent der Eltern bejahen die Frage: Sollten nach Ihrer Erfahrung in Zukunft alle Schüler, die jetzt noch in den Sonderschulen für Lernbehinderte unterrichtet werden, in den allgemeinen Schulen lernen und dort individuell gefördert werden? Nur 22,8 Prozent verneinen sie. 18,5 Prozent wissen darauf keine Antwort. Die Eltern sind sensibilisiert für die gesellschaftliche Benachteiligung und die berufliche Erfolglosigkeit durch den Sonderschulbesuch. Der "Schonraum-Effekt" der Sonderschule für leistungsschwächere Schüler reicht ihnen nicht aus.

Eine deutliche Mehrheit von 61,5 Prozent stimmt der Aussage zu: Wer zur Sonderschule geht, ist gesellschaftlich nicht gut angesehen und hat später Nachteile in Ausbildung und Beruf. Dementsprechend bezeichnen 71,5 Prozent der Eltern die Aussichten ihres Kindes auf einen Ausbildungsplatz nach der Schule als schlecht bzw. ganz schlecht. 66,1 Prozent sehen eher wenige bzw. gar keine Möglichkeiten, ihr Kind bei der erfolgreichen Suche nach einem Ausbildungsplatz zu unterstützen.

Die Eltern wissen, wovon sie sprechen, wenn sie das negative Ansehen der Sonderschule in der Gesellschaft herausstellen. Sie erleben die diskriminierende Außenwirkung, die der Sonderschule anhaftet und die sich wie ein Stigma auf die Schüler und ihre Angehörigen legt. 45,5 Prozent der Eltern geben zu, dass sie sich sehr bzw. ein bisschen schämen, wenn sie nach der Schule ihres Kindes gefragt werden.

## Gesellschaftliche Nachteile

Mehrheitlich sind sich Deutsche und Migranten über die gesellschaftlichen Nachteile des Sonderschulbesuchs einig, wenn auch mit einem gewissen Abstand. 58 Prozent der deutschen Eltern und 70,8 Prozent der Migranten vertreten diese Meinung.

Signifikante Unterschiede zwischen beiden Elterngruppen zeigen sich dagegen beim Umgang mit der Sonderschulüberweisung und bezogen auf das Schamgefühl wegen des Sonderschulbesuchs ihres Kindes.

Die starke Ablehnung der Migranteneltern gegenüber der Sonderschule spiegelt sich den folgenden Zahlen wider: Während 80 Prozent der deutschen Eltern angeben, dass sie mit dem Ergebnis der Sonderschulüberweisung einverstanden waren, sagen dies nur 32,7 Prozent der Migranteneltern. 24,5 Prozent der Migranten geben an, Einspruch eingelegt zu haben. Das sind dreimal so viele Eltern wie auf der deutschen Seite. Ich war nicht einverstanden, habe aber nichts unternommen, sagen 42,9 Prozent der Migranteneltern gegenüber 11,5 Prozent der deutschen Eltern.

Das Gefühl der Beschämung, wenn das eigene Kind die Sonderschule besucht, ist unter den Migranten sehr viel verbreiteter als bei den deutschen Eltern. 37,4 Prozent der deutschen Eltern geben an, dass sie sich sehr oder ein bisschen schämen gegenüber 68 Prozent der Migranteneltern. Nur halb so viele Migranten wie deutsche Eltern schämen sich nach eigenen Angaben überhaupt nicht.

Dass mehr Migranten sich des Sonderschulbesuchs ihres Kindes schämen als deutsche Eltern, erklärt sich damit, dass in der Türkei sowie in anderen Herkunftsländern Kinder mit Lernproblemen nicht in Sonderschulen "aussortiert" werden. Das deutsche Schulsystem konfrontiert Migranteneltern mit einer Situation, die sie als persönliche Katastrophe erleben. Ihr Kind wird mit dem Behindertenbegriff belegt und gehört damit nach ihrem kulturellen Verständnis in eine Kategorie, die in ihren Heimatländern gesellschaftliche Ächtung erfährt. Die Scham vor den eigenen Landsleuten ist groß. Fachleute in Beratungsstellen berichten, dass türkische Eltern sogar versuchen, ihr Kind in die Türkei zu schicken, um es vor der deutschen Sonderschule zu bewahren.

Angesichts ihres relativ niedrigen gesellschaftlichen Status als Migranten befürchten sie, wegen des Sonderschulbesuchs ihres Kindes in eine doppelte Randgruppensituation zu geraten. Viele erleben aus der erfahrenen alltäglichen Diskriminierung als "Ausländer" die Sonderschulüberweisung als gegen ihre Herkunft gerichteten Akt, der sie hilflos und rechtlos macht. Gegen die Entscheidung zur Sonderschulüberweisung können sie bestenfalls schriftlich Einspruch erheben. Dies ist eine zu hohe bürokratische Hürde für die meisten.

Deutsche Eltern fühlen sich offensichtlich durch die Sonderschulüberweisung selbst etwas weniger belastet als Migranteneltern. Das mag damit

zusammenhängen, dass sie häufig selbst in der Sonderschule sozialisiert worden sind. Im Vergleich zu Migranten erleben sie in ihrem engeren sozialen Umfeld die Diskreditierung durch den Sonderschulbesuch weniger stark. Dass sie nur in einem Verwaltungsakt Einspruch erheben können, wenn alles schon entschieden ist, stellt auch für sie eine zu große Hürde dar. Unter den jetzigen schulrechtlichen Bedingungen wird die Sonderschule von ihnen daher häufiger als etwas Unvermeidliches hingenommen als von Migranteneltern. Dies darf jedoch nicht automatisch als Zustimmung zur Sonderschule gewertet werden.

### "Feindselig gegenüber der Schule"

Fakt bleibt: Die Sonderschulüberweisung und der Sonderschulbesuch beschämen die Eltern, Deutsche wie Migranten. In Untersuchungen ist nachgewiesen, dass insbesondere türkischen Eltern, die sich gegen die Sonderschulüberweisung ihres Kindes zur Wehr setzen, von Schule und Schulaufsicht ein "irrationales Bedrohungsgefühl und Feindseligkeit gegenüber der deutschen Schule" nachgesagt wird. Mit dieser Umdeutung wird das Elternrecht auf Widerspruch "delegitimiert". Man könnte auch sagen, dass dies ein besonders subtiler Mechanismus ist, die Eltern mit ihren Gefühlen und ihren Interessen nicht wahrnehmen zu müssen.

Die Lehrer geben in der Befragung an, dass sie mit dem Verfahren zur Feststellung des individuellen sonderpädagogischen Förderbedarfs zufrieden sind. Daraus kann man schließen, dass die Konflikte der Eltern sie weder belastet noch berührt. Dies den Lehrern als persönliches Fehlverhalten vorzuhalten, wäre absurd. Das Schulsystem selbst sorgt dafür, dass den Lehrern der Regelschule ebenso wie denen der Sonderschule bei der Überweisung eines Schülers von einem Teilsystem in das andere die Verletzung, die Demütigung und Beschädigung von Eltern und Kindern nicht deutlich werden muss. Das System suggeriert, dass es für diejenigen Kinder, die von der Regelschule nicht hinreichend gefördert werden können, in der Sonderschule einen besseren Förderort gibt.

### Schlussfolgerungen

Solange das deutsche Schulsystem dem Homogenitätsprinzip ideologisch anhängt und "Aussortieren" mit Förderung gleichsetzt, wird es die Gefühle und die Interessen der "Aussortierten" ignorieren oder umdeuten. Ein solches System verhindert das erklärte bildungspolitische und pädagogische Ziel, Schulen zu Lern- und Lebensorten für Kinder, Lehrer und Eltern zu entwickeln. Eine demokratische und humane Gesellschaft basiert auf der Anerkennung von Heterogenität und ist auf das Lernen, miteinander zu leben, angewiesen. In einer Schule für wirklich alle Kinder eröffnen sich Chancen für eine an diesen Leitbildern orientierte Pädagogik von Differenz und Gleichheit.



Brigitte Schumann (privat)

Die Lehrer müssen sich klar machen, dass die Schwellen, die vor den Schultüren aufgebaut sind, für Eltern fast unüberwindbar sind. Wie kann man von Beschämten erwarten, dass sie auf die Schule und die Lehrer zugehen? Der Zugang kann erleichtert werden durch die Entwicklung von Einzelschulen zu Bestandteilen von Stadtteil- und Nachbarschaftsprojekten. Dies zeigen gute Beispiele. Lehrer sollten sich aber bewusst werden, dass die Barrieren so lange wirksam sind, wie das Recht auf Bildung und individuelle Förderung für "lernbehinderte" Schüler an die Sonderschule gebunden bleibt. "Fördern ohne Sonderschule", das ist der entscheidende sonderpädagogische Entwicklungsschritt, den sie und die

Gesellschaft von der Politik einfordern müssen.

Eltern werden nicht in ihrer Elternschaft gestärkt, wenn sie gleichzeitig entrechtet und beschämt werden. Das ist die Botschaft an die Politik, die in anderen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen heute partizipatorische Leitbilder für die Verbesserung der Lebenslagen benachteiligter Menschen entwickelt und zum Programm erhebt. Es wirkt verlogen und absurd, wenn Menschen, die gegen ihren Willen die Sonderschule für ihr Kind akzeptieren sollen, zur Stärkung ihres Selbstwertgefühls und ihrer Verantwortung das Angebot bekommen, ihr Wohnumfeld mitzugestalten.

[ © Frankfurter Rundschau online, 30.03.2004 ]

Diese Seite: "<http://www.GGG-NRW.de/Presse/FR.2004-03-30.Schumann.html>"  
Verantwortlich: R. Opitz, J. Theis - Erstausgabe: 30.03.2004 - Letzte Änderung: 01.04.2004, 10:36 Uhr

### Die Autorin

Brigitte Schumann hat als Gymnasiallehrerin gearbeitet. Von 1990 bis 2000 saß sie für die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen und war bildungs- und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion. Seit dem Ausscheiden aus dem Landtag ist sie weiterhin im Bereich Bildungspolitik aktiv und schreibt als freie Bildungsjournalistin.

Der hier stark gekürzte Text basiert auf einem Beitrag, der demnächst in der Zeitschrift "Behindertenpädagogik" erscheint. Die Zeitschrift kann über den Psychosozial-Verlag, Goethestr. 29, 35390 Gießen, bestellt werden.

Die Internetadresse lautet:  
[www.psychosozial-verlag.de](http://www.psychosozial-verlag.de) rgg